



WIR BRAUCHEN EIN SOZIALDEMOKRATISCH REGIERTES EUROPA!

von Knut Fleckenstein

Der 25. Mai, die Europawahl, ist in greifbarer Nähe. Es wird Zeit, dass wir Europa besser, sozialer und gerechter gestalten. Es wird Zeit, das Kreuz richtig zu setzen und der Europäischen Union eine neue politische Richtung zu geben.

Ein sozialdemokratisch regiertes Europa wird sich von der heutigen konservativ-liberalen Politik deutlich unterscheiden. Nehmen wir einige konkrete Beispiele, an denen deutlich wird, dass in Europa sehr wohl etwas in Bewegung kommt, wenn die Mehrheiten im Parlament und vor allem auch der Kommissionspräsident andere sind:

Das Freihandelsabkommen der EU mit den USA ist zum Beispiel so eine Sache. Viele Menschen verfolgen die Verhandlungen mit großer Sorge. Sollte das Freihandelsabkommen zustande kommen, entstünde der größte Wirtschaftsraum der Welt.

Ziel des Abkommens ist es den Marktzugang für den Handel mit Gütern, Dienstleistungen und Investitionen zu erleichtern sowie die öffentliche Auftragsvergabe, Regulierungsvorschriften und nichttarifäre Handelshemmnisse neu zu regeln. Laut Europäischer Kommission könnte durch ein solches Abkommen ein zusätzliches Potenzial von 119 Milliarden Euro für die EU-Wirtschaft entstehen. Das ist grundsätzlich nicht verkehrt. Aber gleichzeitig wird von verschiedenen Seiten befürchtet, dass mit dem Abkommen Arbeitnehmerrechte und verschiedene soziale, gesundheitliche und ökologische Standards gesenkt werden könnten. Wir Sozialdemokraten werden uns für transparente

Verhandlungen einsetzen. Internationalen Schiedsgerichten, die außerhalb jeder demokratischen Kontrolle stehen und die politische Souveränität von Staaten untergraben könnten, werden wir auf keinen Fall zustimmen! Klar ist: Das Freihandelsabkommen wird mit einer sozialdemokratischen Mehrheit nicht zustande kommen, wenn unsere Umwelt-, Verbraucherschutz, Sozial- und Datenschutzstandards hierdurch abgesenkt würden.

Ein zweites großes Thema ist die Steuergerechtigkeit. Was unterscheidet uns? Wir haben den Kampf für Steuergerech-

Wir Sozialdemokraten akzeptieren nicht, dass sich Millionäre oder Großunternehmen durch Steuerflucht oder Steuervermeidung ihrer Verantwortung entziehen. Fehlende Einnahmen bedeuten fehlende öffentliche Investitionen in Straßen, Schulen und Kitas. Unternehmen und Kapital sind heute grenzüberschreitend aktiv. Dem Wettlauf zwischen den EU-Staaten um die niedrigste Unternehmenssteuer muss ein Riegel vorgeschoben werden, durch eine gemeinsame Bemessungsgrundlage und die Einführung eines Mindeststeuersatzes. Es muss der Grundsatz gelten, dass Unternehmen dort ihre Steuern zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Deshalb gilt für uns: Null Toleranz gegenüber Steuerbetrug, Steuerschlupflöcher konsequent schließen und Steueroasen trocken legen.

Die Bekämpfung der steigenden Jugendarbeitslosigkeit ist entscheidend für die Zukunft Europas. Es kann nicht sein, dass wir zwar Banken retten, aber unsere Jugend im Stich lassen. Wir Sozialdemokraten wollen ihnen eine Perspektive geben und für mehr und gute Arbeit in Europa sorgen. Das beschlossene Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Höhe von sechs Milliarden Euro (für sieben Jahre!) reicht nicht aus. Der Etatposten muss auf mindestens 21 Milliarden erhöht werden. Damit wollen wir ein europäisches Bündnis für Ausbildung und Qualifizierung einrichten, das die länderspezifischen Gegebenheiten berücksichtigt. Die sogenannte Jugendgarantie muss endlich bei den jungen Menschen ankommen.

Es ist also nicht egal, was gewählt wird. Im Gegenteil! Es ist Zeit für einen Politikwechsel in Europa. Mit Martin Schulz als neuem Kommissionspräsidenten können wir es schaffen!

Also Wahlkampf bis zum letzten Tag. Und am 25. Mai SPD wählen! ■



tigkeit und gegen Steuerhinterziehung europaweit vorangetrieben, während Konservative und Liberale auf der Bremse standen. Zum Beispiel hat Jean-Claude Juncker als konservativer Regierungschef von Luxemburg die Forderung nach strikteren Regeln gegen Steuervermeidung und Steueroasen gern als „deutsche Kraftmeierei“ abgetan. Die SPD hat verhindert, dass sich Deutschland auf ein Abkommen mit der Schweiz einlässt, das Steuersünder weitgehend ungeschoren davonkommen lässt. Stattdessen haben wir den Ankauf von Steuer-CDs vorangetrieben und so erfolgreich Steuerhinterzieher zur Verantwortung gezogen.



Das TV-Duell.

Mit Martin Schulz und Jean-Claude Juncker.

20. Mai, um 21 Uhr, im Programm der ARD

Liveübertragung aus der Wahlarena in Hamburg:
Public Viewing in der Alfred Schnittke Akademie
Max-Brauer-Allee 24 | 22765 Hamburg



Liebe Genossinnen und Genossen,

in wenigen Tagen wird in Hamburg gewählt. Am 25. Mai finden die Europawahl und die Wahl der Bezirksversammlungen statt. Mit dem Gang ins Wahllokal zeigen wir unsere Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. So haben wir die Möglichkeit, das politische Geschehen in Hamburg und in Europa mit zu gestalten. Wir entscheiden, wer unsere Interessen in den nächsten fünf Jahren im EU-Parlament und in der Bezirksversammlung vertreten soll. Politik lebt vom Mitmachen. Deshalb: Überzeugen wir alle, die wir kennen, Freunde, Nachbarn und Bekannte, von ihrer Stimme Gebrauch zu machen. Jede Stimme zählt.

Wir müssen alles daran setzen, die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Bei der letzten Europawahl hatten wir in Hamburg gerade mal eine Beteiligung von 34,7 Prozent. Das ist für eine europäische Großstadt wie Hamburg kein gutes Ergebnis. Gerade durch Ausübung ihres Wahlrechts können die Bürgerinnen und Bürger in Europa dazu beitragen, dass das Europäische Parlament seinem Auftrag gerecht werden kann. Wir brauchen ein starkes Parlament auf europäischer Ebene, um den Willen der Bürgerinnen und Bürger Europas direkt in Politik zu gießen. Dafür ist es notwendig, dass das Parlament von einer starken Wahlbeteiligung und damit einer hohen Legitimation getragen wird.

Deutschland als exportstarke und europäisch verflochtene Volkswirtschaft und damit auch Hamburg als wichtiger Wirtschafts- und Handelsstandort sind von den Entscheidungen in Brüssel betroffen und damit auch die Sicherheit von Arbeitsplätzen sowie die gute wirtschaftliche Entwicklung Hamburgs. Deshalb geht diese Wahl uns alle an.

Wir alle sind aufgefordert, das Projekt Europa mit Leben zu füllen. Denn gerade die aktive Beteiligung und Auseinandersetzung mit der Politik in Europa bringt die europäische Wirklichkeit in unser Bewusstsein. Jetzt haben wir erstmals die Chance zu bestimmen, wer künftig der Präsident der EU-Kommission sein wird. Nutzen wir sie und werben für unseren Spitzenkandidaten Martin Schulz und unseren Hamburger Kandidaten Knut Fleckenstein.

Gleiches gilt für die Bezirksversammlungen. Sie verdienen eine hohe Wahlbeteiligung, weil sie der Ort der kommunalen Demokratie sind. Und weil z. B. das Wohnungsbauprogramm des Senats mit der Unterstützung durch die Bezirke lebt.

Euer

Olaf Scholz

DREI THEMEN FÜR HAMBURG:

UNSERE GROSSFLÄCHENPLAKATE FÜR DIE BEZIRKSWAHL 2014

Am Rande des Landesparteitages präsentierte unser Landesvorsitzende Olaf Scholz die drei Themenplakate, die im Rahmen der Bezirkswahlkampagne 2014 im gesamten Stadtgebiet auf Großflächen unsere zentralen Wahlkampfthemen zeigen.



HAMBURG SOLL SICH JEDER LEISTEN KÖNNEN

Hamburg ist eine wachsende Stadt. Wir haben uns im „Vertrag für Hamburg“ auf eine deutliche Verstärkung des Wohnungsbaus geeinigt, um den Anstieg der Mieten zu bremsen. Seit der Wahl 2011 sind über 25.000 Baugenehmigungen erteilt worden. In diesem Jahr werden wir in Hamburg 6.000 Wohnungen fertig stellen, davon allein 2.000 Sozialwohnungen. In Paris oder London können sich inzwischen Bürgerinnen und Bürger mit normalem Einkommen im Stadtgebiet keine Wohnung mehr leisten. Das darf bei uns in Hamburg niemals passieren.



HAMBURG FÄNGT IMMER KLEIN AN

Hamburg soll die eltern- und kinderfreundlichste Stadt Deutschlands sein. Deshalb kümmern wir uns darum, dass es genug KiTa-Plätze und ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsbetreuung gibt. Ab August dieses Jahres müssen Eltern für die fünfstündige Betreuung ihrer Kinder inklusive Mittagessen keine Kita-Gebühren mehr zahlen. Anders als in vielen deutschen Großstädten müssen Eltern ihre Kinder nicht schon vor der Geburt für einen KiTa-Platz anmelden. Bei uns in Hamburg stehen genügend KiTa- und Krippenplätze zur Verfügung. Das ist wichtig für die Kinder und hilft den Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



HAMBURG KANN DURCHATMEN

Wir wollen die Lebensqualität der Stadt sichern. Seit der Regierungsübernahme durch die SPD wurden zahlreiche neue Naturschutzgebiete ausgewiesen. Inzwischen ist Hamburg das Bundesland mit dem größten Anteil von Naturschutzgebieten an der Landesfläche: Mehr als 8 %. Bis zum Jahr 2017 wurden außerdem 70 Millionen Euro für Ausbau und Erhalt von Grünflächen in der Stadt bereitgestellt, um den Sanierungsstau in unseren Parks zu beseitigen. Die SPD setzt sich aktiv für Erhalt und Ausbau von Grünflächen in der Stadt ein – gerade in Zeiten des Wohnungsbaus.



Berlin direkt

DER MINDESTLOHN – EIN SOZIALPOLITISCHER MEILENSTEIN

Unser jahrelanger engagierter Kampf hat sich gelohnt: Der Mindestlohn kommt! Eines zeigt sich: Nach Jahren der Einschnitte unter Schwarz-Gelb haben wir mit diesem sozialpolitischen Meilenstein wieder etwas für die Arbeitnehmer in Deutschland bewegt. Die SPD hat der deutschen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Großen Koalition eine sozialdemokratische Handschrift verliehen. Mit dem Ziel, den Trend zu steigender Erwerbs- und Altersarmut zu stoppen und wieder faire, gerecht entlohnte Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen, waren wir in den Wahlkampf gezogen. Auf das Verhandlungsergebnis mit der Union und die Umsetzung durch Andrea Nahles können wir stolz sein: Ab Januar 2015 werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde haben.

Warum war dieser Schritt notwendig? Die traditionell starke Tarifbindung in Deutschland

geht drastisch zurück. In den 1990er Jahren arbeiteten noch 74 % der Arbeitnehmer in einem tarifgebundenen Betrieb, heute sind es nur noch 58 %. Auch Lohndumping und die Umgehung von Tarifverträgen haben rasant zugenommen; viele Beschäftigungsverhältnisse sind heute weit entfernt von dem, was wir als „Gute Arbeit“ verstehen. Zugleich entstehen für junge Leute erhebliche finanzielle Belastungen durch unentgeltliche Praktika.

Gerechtigkeit ist das Fundament unserer Demokratie und zentral für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Das von unserer Ministerin für Arbeit und Soziales Andrea Nahles entworfene Tarifpaket ist ein erster wichtiger Schritt, Gerechtigkeitsdefizite in der Lohnentwicklung auszugleichen und Rahmenbedingungen für „Gute Arbeit“ zu schaffen. Denn eines steht fest: Ab dem 1. Januar 2015 werden ca. 4 Millionen Beschäftigte vom Mindestlohn profitieren, davon über 60 % Frauen. Zudem wird durch die Neu-

von Niels Annen, MdB

regelung der Allgemeinverbindlichkeitsklärung die Erstreckung eines Tarifvertrags auf nicht tarifgebundene Arbeitgeber erleichtert und die Tarifautonomie wieder gestärkt. Zugleich fällt von jungen Leuten finanzielle Last ab, da eine Entlohnung für den Großteil der Praktika gesetzlich verbindlich wird.

Diese grundlegenden Weichenstellungen werden auch für Hamburgerinnen und Hamburger erhebliche Verbesserungen mit sich bringen. „Gute Arbeit“ gibt Planungssicherheit und erhöht das Lohnniveau sowie die Lebensqualität der Bürger. Die SPD hat mit dem Tarifpaket ein eindeutiges Zeichen gegen eine weitere Deregulierung der Arbeitsmärkte und für gerecht entlohnte Arbeit gesetzt – sowie die Bedeutung der Tarifpartnerschaft gestärkt. Das ist eine historische Errungenschaft! ■



TERMINE

19. Mai, 19 Uhr

**KNUT FLECKENSTEIN ZUM THEMA
„EIN EUROPA DER GUTEN ARBEIT –
NICHT DER ARBEITSLOSIGKEIT!“**

Mit **Dietmar Schulz**, SPD-BV-Kandidat für Blankenese-Iserbrook-Nienstedten.

Rückfragen: 0151-40 03 48 63.

La Casa del Gelato

Blankeneser Bahnhofstraße 46

27. Mai, 19 Uhr

PODIUMSDISKUSSION

**MIGRATION ALS CHANCE – AUSBILDUNG
UND DEMOGRAFISCHER WANDEL**

Auf dem Podium u. a. mit: **Jens-Peter Schwieger**, MdHB und Fachsprecher Arbeitsmarkt der SPD-Bürgerschaftsfraktion und **Dr. Jan Schnieder**, Leiter Forschungsbereich des Sachverständigenrats dt. Stiftungen für Integration und Migration

Anmeldung: 040-4 28 31-2435

oder info@spd-fraktion.de

Hamburger Rathaus | Kaisersaal

3. Juni 2014, 18 Uhr

**HAMBURG DIE INTERNATIONALE STADT:
WO STEuern WIR EIGENTLICH HIN?**

Diskussionsveranstaltung:

· **Prof. Dr. Ursula Neumann** (Erziehungswissenschaftliche Migrationsforscherin)

· **Katja Karger** (Vorsitzende DGB HH)

· **Kazim Abaci** (MdHB, Geschäftsführer „Unternehmer ohne Grenzen“)

Moderation: **Urs Erben**

Julius-Leber Forum | Rathausmarkt 5

Weitere Termine:

www.spd-hamburg.de

BEZIRKSWAHL 2014

EIN DRUCKPORTAL FÜR HAMBURG

Die Wahlen zu den Bezirksversammlungen finden in diesem Jahr erstmalig zusammen mit der Europawahl statt. Wir ziehen mit Martin Schulz und unserem Hamburger Kandidaten Knut Fleckenstein in den Europawahlkampf. Außerdem haben wir über 600 Kandidierende, die sich auf Bezirks- und Wahlkreislisten um Sitze in den sieben die Bezirkswahlversammlungen bewerben.

Um bei einer so großen Zahl von Kandidierenden ein einheitliches professionelles Auftreten zu gewährleisten, geht die SPD-Landesorganisation Hamburg einen eigenen Weg – mit einem maßgeschneiderten Hamburger Druckportal.

EIN EIGENES DRUCKPORTAL MIT PROFESSIONELLER GESTALTUNGSLINIE

Mit der Druckerei Dräger & Wullenwever aus Lübeck haben wir einen Partner gefunden, der Qualität, Zuverlässigkeit und Serviceorientiertheit garantiert, dabei seine Mitarbeiter nach Tarif entlohnt und zudem zu 70 % der SPD eigenen DDVG gehört.

Der SPD-Landesvorstand Hamburg hat sich im Vorfeld auf ein einheitliches Design festgelegt und jedem Kreis ein eintägiges Fotoshooting finanziert. Insgesamt 270 Kandidierende, die von den Kreisen zum zentralen Foto-Shootings delegiert worden waren, wurden vor einem einheitlich blauen Hintergrund von einem Profi abgelichtet. Jeweils das beste Foto wurde in das Druckportal hochgeladen.

Das Druckportal gleicht einem Online-Shop. Dort bieten wir drei Wahlkampf-

produkte mit den Fotos der Kandidierenden an: Einen Flyer, Visitenkarten und ein DIN A0-Plakat. Alle Druckerzeugnisse lassen sich nach einem Baukastenprinzip individuell gestalten und bewahren trotzdem die einheitlich professionelle Anmutung. Ob Kontaktdaten editieren, Wahlkampfziele definieren oder das Foto und die Unterschrift per „Drag and Drop“ auf dem Produkt positionieren – alles ist gut handhabbar.

IN WENIGER ALS EINER WOCHE ZUM EIGENEN WAHLKAMPFMATERIAL

Das bestellte Produkt gelangt auf eine weitere Plattform zur Vorlage an die KreisgeschäftsführerInnen. Nach deren Freigabe wird mit der Produktion begonnen und etwa fünf Tage später trifft die bestellte Ware am Bestimmungsort ein.

Die Flyer und Plakate wären teurer als Material von Internetanbietern, die im Ausland drucken lassen. Um trotzdem einen mit Online-Druckereien vergleichbaren Preis anbieten zu können, zahlt die Landesorganisation einen Pauschalbetrag als Ausgleich an die Druckerei. So bekommen alle Kandidierende gute Qualität, die in fairer Arbeit in der Region entstanden ist, zu guten Preisen.

Das eigene Druckportal hat sich gelohnt: Wenn man durch Hamburg fährt, sieht man überall: Hier hat die regierende Partei plakatiert. Über das professionelle und flächendeckende Plakatieren wird überall unsere Botschaft transportiert: Wir sind Viele, wir sind nah dran, wir sind die Hamburg-Partei! ■

FRAGEN? SORGEN? PROBLEME?

*WIR SIND FÜR SIE DA!
DAS SPD-BÜRGERBÜRO*

Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg
Telefon 28 08 48 32

Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag
jeweils 14–16 Uhr

Berlin direkt

ABSCHAFFUNG DER OPTIONSPFLICHT

von Aydan Özoguz, MdB



Nach einer langen Verhandlungsphase ist es endlich geschafft: Der Gesetzentwurf zur weitgehenden Abschaffung der Optionspflicht wurde im Bundeskabinett verabschiedet und wird dem Bundestag bald zur parlamentarischen Beratung vorgelegt.

Es war ein schwieriger und langer Weg bis hierhin. Sobald das parlamentarische Verfahren abgeschlossen ist, werden wir aufhören, junge Deutsche mit Doppelpass zu fragen, ob sie nicht doch lieber Ausländer sein wollen hier in ihrem Geburtsland Deutschland. Von der Optionspflicht, sich als Erwachsene zwischen dem deutschen und dem ausländischen Pass entscheiden zu müssen, waren bislang alle in Deutschland seit 2000 geborenen Kinder ausländischer Eltern betroffen (wenn von diesen bei Geburt des Kindes mindestens ein Elternteil seit 8 Jahren legal in Deutschland gelebt hat). Auf Antrag, der bis zum 31.12.2000

zu stellen war, konnten auch Kinder, die zwischen 1990 und 2000 geboren wurden, optionspflichtig sein. Deswegen sind bereits seit 2008 jährlich einige tausende junger Menschen betroffen. Die Optionspflicht gibt es so nur in Deutschland und in den vergangenen Jahren zeigte sich immer mehr, dass die Regelung nicht hilfreich war.

Gesucht war eine Lösung, die einerseits den Bezug der jungen Menschen zu Deutschland sicherstellt aber andererseits nicht zu zusätzlichem bürokratischen Aufwand für Betroffene und Behörden führen würde. Der Gesetzentwurf sieht nun als Nachweis für das Aufwachsen in Deutschland einen Aufenthalt von acht Jahren zwischen Geburt und Vollendung des 21. Lebensjahres vor. Wichtig war uns hierbei die Beweislast umzukehren: In Zukunft prüfen die Behörden mit Hilfe des Melderegisters die Aufenthaltsdauer, ein aktiver Nachweis von Seiten der Betroffene-

nen ist nicht erforderlich. Im Klartext: Für

sicherlich mehr als 90 % der Fälle ist die Bedingung für den dauerhaften „Doppelpass“ im Alter von acht Jahren erfüllt. Nur in wenigen Ausnahmefällen werden die Behörden nach alternativen Nachweisen wie z. B. einem Schulabschluss fragen. Sollte es dann noch außergewöhnliche Lebenswege geben, bin ich froh, dass das Kabinett auch eine Härtefallklausel mit beschlossen hat. Von der weitgehenden Abschaffung der Optionspflicht werden über die kommenden Jahre Hunderttausende junge Deutsche profitieren.

Ich bin guter Dinge, dass die entsprechende Neuregelung im Staatsangehörigkeitsrecht noch in diesem Jahr in Kraft treten kann und die Optionspflicht somit bald der Geschichte angehört. ■

Impressum

Herausgeber
SPD-Landesorganisation
Hamburg

V.i.S.d.P.
Tim O. Petschulat

Redaktion
Lars Balcke
Fabio Cecere

**Redaktionsschluss für
die kommende Ausgabe**
21. Juni 2014

Anschrift
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg